

## Presseinformation

Nr. 111 / 2014

Kiel, Mittwoch, 12. März 2014

Hochschule / Lehrerausbildung

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Christopher Vogt: Ministerin Wende will mit der Lehrerausbildung schulpolitische Fakten schaffen

Zur Debatte um die Neuordnung der Lehrerausbildung erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Auf den Lehrer kommt es an – das zeigen zahlreiche Bildungsstudien. Die jüngsten Pisa-Ergebnisse belegen das gute Abschneiden der Gymnasien, wofür eine gute Lehrerausbildung die Voraussetzungen schafft. Es ist daher auch nicht fahrlässig, sondern mutwillig, dass die amtierende Landesregierung die Gymnasiallehrerausbildung zerschlagen will.

Eine Anpassung der Lehrerausbildung an die bestehenden Schulformen im Land ist selbstverständlich überfällig. Die damalige Große Koalition hatte bei ihrer Schulreform den zweiten vor dem ersten Schritt gemacht und eine notwendige Reform der Lehrerausbildung schlichtweg ausgeblendet. Die Reformpläne der rot-grün-blauen Landesregierung sind jedoch der völlig falsche Weg, denn sie will nicht die Lehrerausbildung an die Schulformen anpassen, sie will mit ihren Plänen durch die Hintertür schulpolitische Fakten schaffen.

Da Ministerin Wende die beiden weiterführenden Schulformen Gymnasium und Gemeinschaftsschule aus ideologischen Gründen immer weiter zusammenführen will, um das Gymnasium schrittweise abzuschaffen, will sie die Reform der Lehrerausbildung nutzen, um die Vereinheitlichung dieser beiden Schulformen zu besiegeln. Für die Landesregierung mag dies aus ihrer Sicht politisch konsequent sein, aber es ist fachlich nicht zu vertreten und geht zu Lasten der Schülerinnen und Schüler. Es gibt auch zukünftig unterschiedliche Anforderungen an Lehrer an Gymnasien und an Gemeinschaftsschulen, die sich in den Anforderungsprofilen der unterschiedlichen Lehramtsstudiengänge entsprechend widerspiegeln müssen. Gleiches gilt natürlich für Grundschulen, berufliche Schulen und Sonderschullehrkräfte.

**Dr. Klaus Weber**, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,  
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,  
E-Mail: [fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de](mailto:fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de), Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

Vom viel gepredigten Dialog ist mal wieder nichts zu sehen. Die Zustimmung der Universitäten Kiel und Flensburg zu dieser Reform wurde von der Landesregierung für viel Geld regelrecht erkauft. Anstatt eine vernünftige Arbeitsteilung vorzunehmen, sollen jetzt unnötige Doppelstrukturen an den Universitäten geschaffen werden, die sich dieses Land eigentlich gar nicht leisten kann. Dieses Geld wird an vielen anderen Stellen – gerade im Hochschulbereich – schmerzlich vermisst werden.

Ein weiterer offener Punkt, den man nicht unterschätzen sollte, ist die Besoldung der zukünftigen Lehrkräfte. Ministerin Wende hat es bisher tunlichst vermieden, zu erklären, ob die geplanten Einheitslehrer jetzt mit einer finanziellen Aufstockung rechnen können, oder ob es sich um ein Sparmodell des Bildungsministeriums handelt. Hierzu muss sich die Landesregierung erklären. Das bisherige Wegducken der Landesregierung bei dieser wichtigen Frage ist extrem unseriös.

Die Grünen haben recht, wenn sie erklären, dass sich dieses Thema nicht für ideologische Sandkastenspiele eignet. Wir stellen uns nur die Frage: Warum tut diese Koalition es trotzdem?“